

**Zeitschrift:** Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik  
**Band:** 24 (2004)  
**Heft:** 47

**Artikel:** Vom Aufteilen des Familiensilbers : Chinas ländliche Bevölkerung und die Modernisierung  
**Autor:** Hui, Qin  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-652431>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 20.11.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Vom Aufteilen des Familiensilbers

### Chinas ländliche Bevölkerung und die Modernisierung\*

Schon die Reformphase der 1980er Jahre überzeugte mich davon, dass die Geschehnisse in China in einem größeren historischen Prozess der menschlichen Entwicklung gesehen werden müssten. Damals wurden die Volkskommunen aufgelöst und wurde das System eingeführt, wonach der einzelne Haushalt, also der einzelne Bauer, ökonomisch selbstverantwortlich ist. Ich interpretierte dies als jüngste Episode im jahrtausendealten Kampf der menschlichen Gesellschaft, „die Bindungen der Gemeinschaft zugunsten der individuellen Freiheit abzustreifen“. Meines Erachtens bestand das erste Stadium dieses Prozesses in der Entwicklung von der primitiven Stammesgemeinschaft zur klassischen Gesellschaft der Freibauern, das zweite in der Entwicklung von der feudalen patriarchalen Gemeinschaft zur vormodernen Bürgergesellschaft, und das dritte in der Entwicklung von der Sowjet-Gemeinschaft der „eisernen Reisschüssel“ zu einem demokratischen Sozialismus, den ich bis 1989 für das Ziel der Reformen hielt.

Nach der Unterdrückung der Protestbewegung 1989<sup>1</sup> glaubten viele Menschen, die militärische Repression würde den Reformprozess unterbrechen, auch die ökonomischen Reformen stoppen, und eine Rückkehr zum System der „eisernen Reisschüssel“ bringen. Ich war vom Gegenteil überzeugt. Meines Erachtens hatten die Schüsse vom 4. Juni den Schleier vom Mythos der „großen patriarchalen Familie“ weggezerrt, und jetzt würde sich der Prozess der „Aufteilung des Familiensilbers“ wohl beschleunigen. Obwohl die Chancen für eine demokratische Aufteilung gering geworden waren, würde der „oberste Patriarch“ nach dem Showdown mit den „Jungen“ kein besonderes Interesse daran haben, den bisherigen „großen Clan“ aufrechtzuerhalten. Wahrscheinlicher schien eine Entwicklung, die Stolypins<sup>2</sup> Unterdrückung der russischen Revolution von 1905 ähnelte, die die Auflösung der russischen Dorfgemeinschaft beschleunigte. Ich fühlte, dass eine Kombination von politischer Kontrolle und ökonomischer „Freiheit“ bevorstand. Mit Deng Xiaoping kam sie 1992 denn auch.

Die endgültige Auflösung der Gemeinschaft stellt immer drei Probleme. Erstens, die Bindungen der Gemeinschaft abzuschütteln und ihren Schutz zu verlieren sind zwei Seiten des selben Prozesses. Das Individuum wird von ihnen „befreit“, in doppeltem Sinn. Nichtsdestotrotz haben beide Aspekte verschiedene Bedeutungen für die sozialen Klassen, die davon spezifisch profitieren oder dadurch verlieren. Jede soziale Klasse wird unvermeidlich für jene „Aufteilung des Familiensilbers“ kämpfen, die ihren eigenen Interessen am besten dient. Dies bedeutet, zweitens, dass die Frage, wie die Besitztümer konkret aufgeteilt werden, wichti-

ger ist als die grundsätzliche Frage, ob sie überhaupt aufgeteilt werden sollen. Im heutigen China wird die „große Küchengemeinschaft“ unter doppeltem Druck aufgebrochen – durch den „gefühllosen Vater“ und die „undankbaren Söhne“. Drittens trennen Streitigkeiten darüber, wie die Besitztümer aufgeteilt werden sollen, die Beteiligten nicht in Radikale und Konservative, sondern sie drehen sich um Fragen der Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit, mit beträchtlichen Konsequenzen für die folgenden historischen Entwicklungen.

Es gibt zwei Wege aus der feudalen Gemeinschaft. Der eine besteht darin, dass die Jungen aus der patriarchalen Kontrolle ausbrechen und die vorhandenen Besitztümer demokratisch unter sich aufteilen; der andere besteht darin, dass der Patriarch selber, vielleicht mit Unterstützung seiner Brüder, eine eiserne Faust benützt, um die Besitztümer zu monopolisieren und die Jungen zu vertreiben oder zu versklaven. Lenin hat dies in der Debatte um die Stolypinschen Landreformen den amerikanischen oder den preußischen Weg zum Kapitalismus genannt. In China stellt sich gegenwärtig die Frage, ob wir den amerikanischen oder preußischen Weg einschlagen sollen: Die neue Enteignung der Bauern von oben, durch Großgrundbesitzer oder Konzerne, wie im Preußen des 19. Jahrhunderts, oder die Herausbildung kleiner bis mittlerer moderner Farmer von unten, wie in den USA im 19. Jahrhundert. Lenin kritisierte immer den ersten Weg und propagierte den zweiten.

Doch China ist nicht mehr nur eine ländliche Gesellschaft. Meines Erachtens gibt es zwei populäre Vorstellungen über die gegenwärtige Privatisierung. Die eine besagt, dass die Privatisierung Annexierungen, soziale Krisen und Bauernaufstände auslösen, die andere, dass sie automatisch die Verteilung der Landwirtschaftsprodukte durch den Markt optimieren wird. Die erste Vorstellung vernachlässigt die chinesische Situation. Die Ursprünge von Bauernrevolten in China liegen weniger in der Beziehung zwischen Großgrundbesitzern und Pächtern, sondern in der Enteignung durch den autoritären Staat. Andererseits meine ich auch nicht, dass die Privatisierung unter den gegenwärtigen Bedingungen zu einer Effizienzsteigerung oder zur Lösung der Probleme der Bauern führen wird. Im heutigen China muss nicht die Verteilung des Landes als privates Eigentum an die Bauern gestoppt werden, sondern die Verletzung der bestehenden bäuerlichen Rechte auf Land durch die politischen Autoritäten. Ich unterstütze die Forderung nach mehr Rechten für die Bauern und einer Beschränkung der Macht der Regierung. Diese Position geht von der politischen Überzeugung aus, dass eine benachteiligte soziale Gruppe wie die Bauern größere Landrechte erhalten sollte, um sich gegen die Zumutungen des Staates wehren zu können. Die große Gefahr für die ländliche Bevölkerung besteht gegenwärtig darin, dass der Staat das bäuerliche Land für kommerzielle Unternehmungen enteignet. Das ist mittlerweile in China weitverbreitet. In Jiangxi zum Beispiel hat die lokale Verwaltung kürzlich die Bauern von

3'000 Hektaren Land vertrieben, die 20'000 Menschen ernährten, um das Land einem Unternehmen zu verpachten, das angeblich ökologisch fortschrittliche Landwirtschaft betreibt. In der Praxis erhielten die Bauern als einzige Entschädigung eine Steuerbefreiung – aus dem eigentlichen Verkauf zogen sie keinerlei Nutzen, und als sie protestierten, griff die Polizei ein. Wäre das Land im Privatbesitz der Bauern gewesen, dann wäre es für das Unternehmen sehr schwierig gewesen, eine solche zusammenhängende Fläche auf dem Markt zu erwerben.

Wenn ich heute von Privatisierung spreche, dann rede ich immer auch von Demokratisierung. Die eine ohne die andere wird zur Katastrophe und zum Elend führen. Unter unseren gegenwärtigen Bedingungen wäre der ursprüngliche Slogan der amerikanischen Rebellion, „keine Besteuerung ohne Mitsprache“, eine sehr kraftvolle, allerdings auch etwas illusionäre Losung für die chinesischen Bauern. In Europa glaubt man, wenn eine Regierung ihre Bauern nicht beschützt, dann erfüllt sie ihren Job nicht. Dort propagiert die Rechte ein Laisser-faire und die Linke den Wohlfahrtsstaat. Aber für chinesische Bauern ist das eine falsche Alternative. Den 800 Millionen chinesischen Bäuerinnen und Bauern, die rund 65 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, fehlt es sowohl an Freiheit wie an Sicherheit. Sie brauchen gleichzeitig mehr Laisser-faire und mehr Wohlfahrtsstaat.

Die Krise der Sozialleistungen auf dem Land ist dramatisch. Der sichtbarste Kollaps, der selbst in den offiziellen Medien diskutiert wird, betrifft die Erziehung. Laut Erziehungsgesetz ist die Regierung verpflichtet, allen BürgerInnen eine Erziehung anzubieten. Aber in China wird dieses Gesetz heute oft nur als Pflicht der Bauern interpretiert, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Ländliche Behörden verhaften Bauern, die sich weigern, ihre Kinder zur Schule zu schicken, und beschuldigen sie, das Gesetz zu brechen – wobei sie übersehen, dass die Bauern einfach die Schulgebühren nicht bezahlen können.

Unter Mao wurde die Erziehung als „ideologische Kampflinie“ des Staates strikt kontrolliert. Die Massen waren verpflichtet, eine Verdünnung der offiziellen Doktrinen zu trinken. Investitionen in die Erziehung lagen noch tiefer als heute: Ländliche Schulen hatten zumeist „lokal finanzierte“ Ersatzlehrer, die in Tat und Wahrheit von den Bauern selbst bezahlt wurden. Aber da der Bauernhaushalt damals keine unabhängige wirtschaftliche Einheit war und da die „lokal finanzierten“ Lehrer ihre Löhne direkt von der Produktionseinheit erhielten, nahmen die Bauernfamilien die Ausgaben für die Erziehung nicht als unmittelbaren Druck wahr. Das stimmte mit der allgemeinen Situation überein, wonach der Staat die ursprüngliche Akkumulation direkt aus der Kollektivwirtschaft finanzierte und nicht durch steuerliche Maßnahmen. Unter dem maoistischen System wurden die Bauern nicht besteuert, und entsprechend waren die Bauern auch nicht wie heute für die Steuern verantwortlich. Es gibt keinen Grund, die Abschaffung dieses Systems zu bedauern – denn schließlich starben Millionen

von Bauern an Hunger –, und diejenigen, die auf die damalige Absenz von Schulgebühren hinweisen, sind zumindest einäugig. Es ist nicht etwa so, dass die Reformen der letzten zwei Jahrzehnte Chinas Schulsystem zerstört haben. Der chinesische Staat hat vielmehr niemals seine Pflicht erfüllt, den Bauern eine Bildung zu garantieren.

Unter Mao war keinem Bauernkind der Schulbesuch unmöglich, weil es die Schulgebühren nicht zahlen konnte; dagegen gab es Fälle, in denen kein Schulbesuch möglich war, weil die entsprechenden Lehrmittel fehlten. Die Bedingungen in den Schulen waren sehr schlecht, und lange wurde nichts anderes als Maos kleines rotes Büchlein gelehrt. Das System „lokal finanzierter“ Lehrer schuf Gelegenheiten zur Korruption durch lokale Kader, die die Macht besaßen, Ernennungen vorzunehmen. Die Lage verbesserte sich mit der Reformära. Die politische Propaganda in den Schulen wurde reduziert, und die Qualität der ländlichen Erziehung stieg; eine weitere Verbesserung war, dass „lokal finanzierte“ Lehrer zu einer Staatsanstellung wechseln konnten, und zwar mittels national vereinheitlichter Prüfungen.

Doch seit den 1990er Jahren hat sich die Situation markant verschlechtert. Auf der einen Seite sind die Schulgebühren massiv angestiegen, während gleichzeitig ein neues Fiskalsystem verordnet worden ist, nach dem „Einnahmen erhöht und Ausgaben gesenkt“ werden sollen – was die Dörfer ermutigt hat, Geld von den Bauern einzutreiben.<sup>3</sup> Diese Praxis hat nicht nur die positiven Reformen der frühen 1980er Jahre zunichte gemacht, sondern hat tatsächlich zentral finanzierte Lehrer in lokal finanzierte, das heißt durch die Bauern finanzierte, Lehrer verwandelt. Deshalb kehren wir zum gleichen Problem zurück: Die Krise in der ländlichen Erziehung ist durch den Staat verursacht, der zu viel Macht besitzt und zu wenige Pflichten akzeptiert. Die Situation ist so schlimm, dass mittlerweile überall private Wohltätigkeitsorganisationen existieren, die versuchen, Geld für die Erziehung der Dorfkinder aufzutreiben. Diese Organisationen sind, obwohl nicht von der Regierung finanziert, doch von ihr kontrolliert. Die Behörden gewähren keinerlei Unterstützung, auch gibt es keinerlei Regulierungen, die beispielsweise vorschreiben, welcher Anteil der Spenden für die administrativen Kosten und nicht für direkte Hilfeleistungen verwendet werden darf. Unter solchen Bedingungen ohne jede Transparenz oder Aufsicht gedeihen Korruption und Unterschlagungen. Je stärker die Wohltätigkeitsorganisation an die Regierung gebunden ist, desto besser können Irregularitäten gedeckt werden. Das gilt auch für die Armutsbekämpfung, wo seit vielen Jahren für arme Bauern bestimmte Gelder von lokalen Behörden abgezweigt werden.

In bezug auf ihre persönlichen Rechte müssen die Bauern sowohl Gerechtigkeit wie Vorteile der Reformen sehen; in bezug auf die historische Entwicklung müssen sie sich aus „Bauern“ in „Farmer“ verwandeln. Dabei geht es nicht um Privateigentum versus Gemeineigentum oder Privatisierung zugunsten des Großgrundbesitzes versus Privatisierung zugunsten der

Kleinbauern. Vielmehr geht es um eine Entwicklung von der Unfreiheit zur Freiheit – mit Marxens Worten, von der Abhängigkeit zur Unabhängigkeit. Im maoistischen System waren die Bauern strikt kontrolliert und erhielten wenig Schutz. Zu Beginn der Reformära wurden die Volkskommunen aufgelöst; das meiste Land wurde einigermaßen fair unter den Bauern aufgeteilt und zwar nach dem Prinzip der Verantwortlichkeit des Haushalts. Zuerst waren die Bauern deshalb für die Reformen eingestellt und zeigten relativ starkes zivilgesellschaftliches Bewusstsein. Dagegen hatte das frühere System die städtische Bevölkerung stärker geschützt, so dass deren Bindung ans alte System schwieriger aufzulösen war. Zudem war die Art, wie die Industrie aufgeteilt wurde, höchst unfair – der „Hausmeister“ nahm alle Wertgegenstände des praktisch bankrotten Haushalts an sich und warf die anderen Mitglieder, die eine „eiserne Schüssel“ besessen hatten, raus. Die Stadtbewohner, insbesondere die Arbeiter von Staatsfirmen, widersetzten sich den Reformen und fühlten sich weiterhin dem früheren Statussystem verbunden.

Aber diese Beziehungen haben sich mit fortschreitendem Reformprozess verändert. In den letzten Jahren hat die ständige Verlagerung der Kosten der Reformen auf die ländlichen Gebiete die Lage der Bauern deutlich verschlechtert.<sup>4</sup> Nachdem China der WTO beigetreten ist, wird ihre Lage noch schwieriger werden. Auf der einen Seite bedeutet der WTO-Beitritt einen schweren Schlag für die chinesische Landwirtschaft, da billige Importe ins Land strömen und damit das bäuerliche Einkommen sinkt. Das stellt für die Landbevölkerung eine zentrale Herausforderung dar. Auf der anderen Seite öffnet die Ausbreitung internationaler Standards von Zivilrechten im Gefolge der WTO für die Bauern eine Türe, in die Städte überzusiedeln, womit sich Statusbarrieren langsam abbauen und Marktfreiheit entsteht, die das bäuerliche Entwicklungspotential freisetzt. Das wird für die Landbevölkerung eine Chance sein. Falls die Liberalisierung sowohl des Handels wie der Niederlassungsbewilligungen sorgfältig gehandhabt wird, dann wird der WTO-Beitritt den chinesischen Bauern mehr Vor- als Nachteile bringen, und damit auch China insgesamt.

Die zentrale Frage besteht darin, wer als „Bürger“ behandelt wird, das heißt, wer vor dem Gesetz die gleichen Rechte erhält und auf gleicher Ebene konkurrenzieren kann. Falls nur die ausländischen Investoren als „Bürger“ behandelt werden und nicht die einheimischen Bauern, dann wird sich deren Lage weiter verschlechtern, und sie werden sich gegen Reformen wehren. Falls Bauern zu Farmern werden, dann müssen sie, mit den Begriffen des britischen Rechtshistorikers Henry Maine, vom rigiden Sozialstatus zur „freien“ Vertragspartnerschaft voranschreiten und die Freiheitsrechte des modernen Staatsbürgers erringen. Falls ihnen diese verwehrt werden und falls sie keinerlei Gerechtigkeit oder Vorteile in den anstehenden Reformen sehen, dann werden sie reaktionären Widerstand leisten, wie einst bei früheren Bauernreformen in Russland. In diesem Fall sähe es für Chinas Zukunft düster aus.

Chinas Beitritt zur WTO sieht eine Begrenzung der landwirtschaftlichen Subventionen auf 8,5 Prozent vor, was verglichen mit Europa und den USA extrem niedrig ist. Aber ausländische Beobachter verstehen zumeist nicht, dass die chinesischen Bauern bisher keinerlei Subventionen vom Staat erhalten haben, ja, gelegentlich draufzahlen mussten. In der Praxis bedeutet der Passus deshalb die Subventionierung der Exporteure von Landwirtschaftsprodukten und hat kaum etwas mit den Bauern zu tun. Im ersten Jahr von Chinas WTO-Mitgliedschaft, 2002, fiel zum Beispiel der Import von Landwirtschaftsprodukten nach China, während die Exporte stark anstiegen – und dies trotz der vereinbarten geringen Subventionen und Zölle, wobei die USA noch behaupteten, China würde sich nicht an die Abkommen halten. Tatsächlich hatte Chinas inländischer Getreidemarkt seit Jahren stagniert, aber als die Preise letztes Jahr in den USA und in Kanada wegen Naturkatastrophen stiegen, packten chinesische Exporteure die Gelegenheit beim Schopf. Die Subventionen, die sie von der Regierung erhielten, waren nicht höher als die mit der WTO vereinbarten, genügten aber, um Getreide von den Bauern zu sehr niedrigen Preisen zu kaufen und dann mit beträchtlichem Gewinn auf dem Weltmarkt zu verkaufen. Die offiziellen Medien feierten das als Erfolg, da eine Herausforderung in eine Chance verwandelt worden sei. In Tat und Wahrheit waren die Kosten in einem weiteren Beispiel der „Besteuerung ohne Mitsprache“ auf die Bauern abgewälzt worden. Bedeutet eine solche Praxis einen Sieg der USA? Einen Triumph der Globalisierung? Der WTO? Oder ist es nicht eher der Sieg einer langen Tradition, die vom ersten Qin-Kaiser bis zu Mao reicht, die Bauern nicht als vollwertige Bürger zu behandeln?

Offensichtlich kann im Industriesektor keine Arbeiterschaft – sei es im Wohlfahrtssystem entwickelter Staaten oder gestützt durch Gewerkschaften in der Dritten Welt und in osteuropäischen Demokratien – mit der chinesischen Arbeiterklasse „konkurrenzieren“, die keinerlei gewerkschaftliche Rechte oder Verhandlungsmöglichkeiten besitzt. Ebenso wenig können westliche Bauern, die auf Staatssubventionen angewiesen sind, mit chinesischen Exporteuren konkurrenzieren, die auf bäuerliche Produzenten zurückgreifen, die niemals irgendwelchen Schutz genossen haben, nur strikte Kontrolle – das sind die Gründe für das gegenwärtige chinesische Wirtschaftswunder, welches Linke wie Rechte im Westen gleichermaßen zu verblüffen scheint. Allerdings ist eine solche Situation nicht ohne historische Parallele. Im 16. Jahrhundert wurden einige osteuropäische Länder mit ihren Landwirtschaftsprodukten sehr konkurrenzfähig, und zwar durch eine Art „zweite Leibeigenschaft“. In heutigen chinesischen Think tanks gibt es Leute, die das sehr gut verstehen. In internen Diskussionen halten sie ganz unverblümt fest, dass China, weil es keinerlei Vorteile hinsichtlich Bodenschätzen oder Technologien hat und weder einen Realen Sozialismus noch einen Realen Kapitalismus entwickeln kann, einen Wettbewerbsvorteil einzig aus seinem unvergleichlichen System abhängiger Arbeit ziehen kann.

Faktisch haben diese Leute zu einem großen Teil recht. Ohne das System abhängiger Arbeit hätte China sein Wunder der Wettbewerbsfähigkeit nicht schaffen können, das im Westen, in der ehemaligen Sowjetunion und in vielen Drittweltländern so große Aufmerksamkeit erregt – ein System, das diese Länder aber niemals werden kopieren können. Doch bleibt die Frage, ob ein solches Wunder auf die Dauer nachhaltig sein kann. Vielleicht sollten wir uns die langfristigen Auswirkungen der „zweiten Leibeigenschaft“ anschauen. Gegenwärtig wird in den USA über eine neue chinesische Bedrohung gesprochen. Doch im 16. Jahrhundert entstand in Osteuropa keinerlei Großmacht. Mir scheint es höchst fraglich, ob das chinesische Wunder bis zu jenem Punkt intensiviert werden kann, wo es für den Westen tatsächlich eine Bedrohung darstellt. Aber selbst wenn wirtschaftliche Magie dieser Art, die Menschen nicht als humane Wesen behandelt, China an die Weltspitze führen würde, was wäre der Wert einer solchen Entwicklung? Sie würde in erster Linie die Existenz der ChinesInnen selbst bedrohen.<sup>5</sup>

Ich bin ein Verteidiger der kleinen Leute, bin aber gegen jeden Kollektivismus, der die persönliche Freiheit behindert und individuelle Rechte unterdrückt. Gelegentlich wirkt ein solcher Kollektivismus populistisch, aber in Wirklichkeit steht er einer Oligarchie viel näher. Populismus von der Art, die einem Konsens von fünf Leuten erlaubt, einen sechsten seines Rechts auf eine Meinung zu berauben, wird sehr schnell zu einer Oligarchie derjenigen, die behaupten, alle ändern zu vertreten.

Von den 1950er bis zu den 1970er Jahren konnte China als große patriarchale „Familie“ verstanden werden. Der Staat kontrollierte alles, im Namen der Partei. In den 1980er Jahren konnte die „Familie“ nicht mehr länger zusammengehalten werden, und eine Aufteilung ihres väterlichen Erbes wurde unumgänglich. Heutzutage stimmen alle darin überein, dass die „Familie“ aufgebrochen werden muss, aber über das Wie wird heftig gestritten. Diese Frage definiert die unterschiedlichen Lager in China. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die die kollektiven Traditionen wiederbeleben wollen, um die Durchsetzung eines westlichen Individualismus zu verhindern. Sie erhoffen sich vom angeblich sozialistischen Erbe Chinas eine Medizin gegen die „Seuche des Liberalismus“. Dies nenne ich den chinesischen Populismus. Verankert ist er vor allem in den Geisteswissenschaften. Ein zweites Lager sind die auf das russische Vorbild von Stolypin bauenden Oligarchen. Ihre Doktrin ist sehr einfach: Staatsvermögen ist da, um geplündert zu werden, und zwar nach dem Motto „Jeder nach seiner Macht“. Sie sind am stärksten unter den Ökonomen vertreten. Zumeist wird die erste Gruppe, die ich die Populisten nenne, als chinesische Neue Linke bezeichnet, und die zweite Gruppe, die ich für Oligarchen halte, als Liberale.

Ich stehe beiden Lagern kritisch gegenüber, und zwar von einem Standpunkt aus, der wohl am stärksten in den Sozialwissenschaften vertreten wird und für westliche Intellektuelle irritierend wirken mag. Denn meine Einwände gegen die sogenannte Neue Linke in China basieren auf



einem sozialdemokratischen Programm, und meine Einwände gegen die Oligarchen oder wirtschaftlich Libertären basieren auf einem klassischen Liberalismus. Kommt hinzu, dass die sozialdemokratische Tradition, auf die ich mich berufe, nicht diejenige der gegenwärtigen westeuropäischen Sozialdemokratie ist, die sich nach rechts entwickelt, sondern eher das klassische Erbe der Ersten und Zweiten Internationale, von Marx und Engels bis Bernstein und Plechanov. Auch die liberalen Quellen, auf die ich mich beziehe, sind nicht die gegenwärtigen liberalen Linken mit ihrer Umverteilungstradition, von Roosevelt bis Rawls, sondern der klassische Liberalismus eines Robert Nozick.<sup>6</sup> Wenn ich das oligarchische Lager kritisiere, dann nehme ich Nozicks Argument auf, dass Privatisierung die „integrale Gerechtigkeit des Besitzes“ respektieren muss – das heißt, Prinzipien des gerechten Erwerbs, gerechten Austausches und gerechter Entschädigung. Das bedeutet, den Raub öffentlicher Güter durch die Privatisierung zurückzuweisen. Dass ich in dieser Hinsicht die Tradition von Roosevelt ignoriere, heißt nicht, dass ich gegen sie bin. Aber wie können wir über einen Wohlfahrtsstaat in China sprechen, wenn wir nicht einmal den offenen Diebstahl öffentlichen Eigentums verhindern können?

Im Westen bestehen Gegensätze zwischen diesen beiden Traditionslinien von klassischer Sozialdemokratie und klassischem Liberalismus in Fragen wie Wohlfahrt und Regulierung der Wirtschaft. Aber diese Gegensätze haben für das heutige China kaum Bedeutung. Dessen Situation gleicht mehr derjenigen, mit der sich Marx konfrontiert sah, der die freimärktlerischen Physiokraten im Frankreich des 18. Jahrhunderts den staatsorientierten Merkantilisten vorzog, ebenso wie er Adam Smith der deutschen Historischen Schule vorzog; oder der Situation von Plechanov, der die Konsequenzen von Stolypins Programm fürchtete. Tatsächlich hat die Linke, wenn sie sich mit einem Polizeistaat konfrontiert gesehen hat, einen Laissez-faire-Liberalismus immer stärker verteidigt als es die Rechte getan hat.

In China allerdings, wo die Legitimität des Staates nicht auf einem sozialen Vertrag basiert, in dem die Bürger die Macht an den Staat delegieren und im Austausch dafür von ihm die Erfüllung bestimmter Pflichten erwarten, besitzt der Staat enorme Macht und akzeptiert nur wenige Verpflichtungen. In dieser Situation entspricht die sozialdemokratische Forderung, die Verpflichtungen des Staates zu erweitern, derjenigen der Liberalen, die Macht des Staates zu begrenzen. Denn dies würde die beiden Tendenzen in ein besseres Gleichgewicht bringen. Im heutigen China müssen wir die Macht des Staates begrenzen und seine Verpflichtungen erweitern. Nur Demokratie wird diese doppelte Aufgabe lösen können.

Eine solche demokratische Position sollte sowohl von Sozialdemokraten wie Liberalen unterstützt werden, was aber in China kaum der Fall ist. Ich habe Freunde in beiden Lagern, die ich kritisiere – bei der Neuen Linken und den Liberalen. Anders als diese beiden Standpunkte, die in gewissem Maße von den Behörden toleriert werden, wird meine Auffassung kaum öffentlich

diskutiert. Wir leben gegenwärtig in einer Zeit, in der die Gespenster von Stalin und Pol Pot immer noch herumgeistern, während gleichzeitig Suharto und Pinochet weiterleben. Die ersteren können die Leute immer noch ihres privaten Eigentums zugunsten des Staats berauben, während die zweiten die Staatskassen zugunsten der Privatvermögen der Mächtigen plündern. In der Praxis teilen sie stillschweigend einen gemeinsamen Nenner: Die ersteren bestrafen immer noch wie zuvor die „Havels“, und die zweiten haben kein Problem damit, die „Allendes“ loszuwerden. Warum sollten in dieser Lage die Havels des wahren Liberalismus und die Allendes der wahren Sozialdemokratie miteinander streiten?

Ich hoffe sehr, dass die chinesische KP eine ähnliche Entwicklung durchmacht wie die Kuomintang in Taiwan, aber das ist unvergleichlich schwieriger. Einige behaupten, das liege daran, dass die KPCh autoritärer sei als die Kuomintang je war, aber das ist nicht das zentrale Problem. Jede Partei kann sich mit der Zeit ändern – schauen Sie sich an, was aus den kommunistischen Parteien Osteuropas geworden ist. Die wirkliche Schwierigkeit besteht darin, dass es das ZK schwer finden dürfte, den Weg zur Oligarchie zu verlassen, den es gegenwärtig eingeschlagen hat.

In China erfolgt die Privatisierung vor der Demokratisierung. Wenn alle unsere öffentlichen Besitztümer von Oligarchen beschlagnahmt werden, dann wird das offenkundig ungerecht ausfallen. Wenn die Demokratie für weitere zweihundert Jahre aufgeschoben wird, dann werden die Leute vielleicht die offenkundige Ungerechtigkeit vergessen haben und das Resultat akzeptieren. Aber wenn die Demokratisierung bald kommt, dann wird es keine politische Versöhnung à la Mandela in Südafrika geben, sondern großen Zorn und den entschiedenen Ruf, die Ungerechtigkeit rückgängig zu machen. Dann könnte das Resultat wie einst in Russland sein – die neuen Stolypins in China schaffen eine neue bolschewistische Revolution, die zu einem neuen Despotismus führt.

Nun mögen einige KP-Funktionäre sagen: Genau deswegen müssen wir weitere fünfzig Jahre an der Macht bleiben, und dann wird es eine Demokratisierung ohne soziale Verwerfungen geben. Aber kann die gegenwärtige Wachstumsrate so lange aufrechterhalten werden? Es ist einfach, Demokratie in guten Zeiten aufzubauen, wenn Prosperität herrscht, doch ist gerade in solchen Zeiten der Druck zur Demokratisierung am geringsten.

Es stimmt, dass die Demokratisierung in der Sowjetunion weniger weit vorangeschritten war als in der Tschechischen Republik oder Polen, und deshalb verlief die Privatisierung viel weniger gleichmäßig. Die Regierung Jelzin brach ihr Versprechen, die Staatsbetriebe aufzulösen und umzuverteilen, und gab sie direkt den Oligarchen. Selbst die tschechische Version einer „gerechten Verteilung“ hat ihre Schwächen. Freilich argumentiere ich ja nur, dass Demokratisierung eine notwendige, jedoch nicht hinreichende Bedingung für einen einigermaßen akzeptablen Prozess der Privatisierung ist. In einer demokratischen Gesellschaft mag Privatisierung nicht vollkom-

men gerecht ablaufen, aber in einer undemokratischen Gesellschaft wird sie sicherlich ungerecht sein. Um diese Unterscheidung geht es mir.

Westliche Ökonomen nehmen in bezug auf China zwei Positionen ein. Die Liberalen des „Washingtoner Konsens“ glauben, dass China, wenn es die Privatisierung aufschiebt, nur vorübergehende Fortschritte macht und schon bald mit schwerwiegenden Konsequenzen konfrontiert ist, wogegen die osteuropäischen Länder, die eine radikale Privatisierung durchgeführt haben, zwar vorübergehend schmerzhaft darunter leiden, aber langfristige Prosperität sicherstellen. Die andern argumentieren im wesentlichen keynesianistisch: Sie gehen davon aus, China sei eine staatlich kontrollierte oder wohlfahrtsstaatlich abgesicherte Wirtschaft, und loben das Land dafür, sich nicht in eine vorschnelle Privatisierung zu stürzen. Beide Positionen hegen die Illusion, dass die chinesische Transformation „gradueller“ und „sozialistischer“ als die osteuropäische vor sich gehen werde. Tatsächlich aber droht die Aufteilung des Familiensilbers in China so erbarmungslos vor sich zu gehen wie in Russland. Ich bin fest überzeugt von einer gleichen, gerechten und offenen Privatisierung, die auf demokratischer Mitwirkung und öffentlicher Kontrolle basiert. Es würde auch praktischen Sinn machen, die Staatsbetriebe fair zu verkaufen und die Einkünfte dafür zu benutzen, die Sozialleistungen und die öffentliche Wohlfahrt zu finanzieren. Andernfalls wird es, falls sich die Privatisierung im Dunkeln und unter autoritären Regeln vollzieht, sei es durch „Verteilung“ oder durch „Verkauf“, unvermeidlich zur Beraubung der Massen kommen.

Einige chinesische Intellektuelle haben den Slogan lanciert: „Abschied von der Utopie“. Damit stimme ich nicht überein. Die „utopischen Katastrophen“ Chinas im 20. Jahrhundert wurden durch Zwangsexperimente bewirkt, nicht durch die Utopien an sich. Denn wenn wir unter Utopie „das Ideal, das nie verwirklicht werden kann“, verstehen, dann ist es etwas, das wir nicht einfach verabschieden können. Denn die Menschen können nicht immer beurteilen, was machbar und was nicht machbar ist; deshalb kann man nicht einfach bloß innerhalb „machbarer“ Ideen denken. In diesem Sinn gäbe es nach dem „Abschied von der Utopie“ kein unabhängiges Denken mehr. Sich eine gerechte Privatisierung unter demokratischen Bedingungen für unsere riesige Bevölkerung vorzustellen, mag utopisch sein, aber ohne solche Träume werden wir einer undemokratischen Privatisierung die Tür öffnen.

\* Dieser Text ist Teil eines ausführlichen Interviews mit Qin Hui, das zuerst in New Left Review 20, London 2003, S. 89-110 erschien. Aus dem Englischen von Stefan Howald.

Qin Hui wurde 1953 in Nanning im Südwesten Chinas geboren. Als Schüler war er während der Kulturrevolution Mitglied in einer oppositionellen Roten Garde, von 1969 bis 1978 aufs Land verbannt, anschließend Soziologiestudium, Abschluss 1981 über soziale Visionen von Bauernrevolten. In Nachfolge seines Lehrers Zhao Lisheng brach er mit der vorherrschenden, vulgärmaterialistisch auf China übertragenen Vorstellung des zentralen Gegensatzes zwischen Bauern und Feudalherren und dokumentierte dagegen die Rolle des chinesischen Staats als eines Hauptagenten der Ausbeutung. Danach Lehrtätigkeit an der Universität von Xian, bis

zur Professur. Publierte im Mai 1989 ein Manifest zur Unterstützung der protestierenden Studenten. Ab 1994 Lehrtätigkeit in Peking. Vertreter eines oppositionellen dritten Wegs, der die notwendige Entwicklung einer Zivilgesellschaft, unter anderem den Aufbau unabhängiger Gewerkschaften sowie sozialer Interessenvertretungen, betont.

## Anmerkungen

- 1 Vgl. Ian Buruma: Chinas Rebellen. Die Dissidenten und der Aufbruch in eine neue Gesellschaft. München 2004; Andrew J. Nathan / Perry Link (Hrsg.): Die Geheimdokumente der chinesischen Führung zum Massaker am Platz des Himmlischen Friedens. London 2001. Thomas Geiger: Schweigen = Tod. Dokumente, Interviews, Zeugenberichte. Paranoia, Zürich 1990.
- 2 Peter Arkadewitsch Stolypin (1862-1911), russischer Premierminister von 1906 bis 1911; führte nach der russischen Revolution von 1905 Repressionsmaßnahmen durch und versuchte zugleich mit einer Landreform von oben eine dem Zaren ergebene Klasse mittelgroßer Landbesitzer zu schaffen.
- 3 Die massiv angestiegene Verschuldung der Bauern rechnete erstmals öffentlich im März 2000 der lokale Parteisekretär Li Changping im kritischen Magazin „Southern Weekend“ vor. Er wurde entlassen, baute aber sein Pamphlet zu einem Buch aus, das zu einem Bestseller wurde. Seither hat er eine NGO „Freunde der Bauern“ gegründet und gibt eine Zeitschrift heraus.
- 4 Anfang 2004 erschien das Buch „Untersuchung zur Lage der chinesischen Bauern“ von Wu Chuntao und Chen Guidi, das aufgrund umfangreicher Recherchen die zunehmende Verelendung der Bauern sowie die Korruption und Rechtlosigkeit auf dem Land anprangert. Ursprünglich offiziell begrüßt, wurde es im März verboten; seither hat es sich als Raubkopie sieben Millionen Mal verkauft, während das Autorenpaar wegen „Verleumdung“ vor Gericht steht. Siehe Kai Strittmatter: Erschütternde Blicke in Chinas Unterwelt. Tages-Anzeiger, Zürich, 6.10.2004, S.12.  
Im Westen ist das Buch vor allem durch den in London lebenden Dichter Yang Lian propagiert worden, der China als „Diktatur der Mafia“ bezeichnet, in der „nackte Gier und niederste Triebe“ herrschen, und der den westlichen Regierungen wegen der Wirtschaftsbeziehungen zu China vorwirft, ihre demokratischen Prinzipien zu verraten. Siehe Yang Lian: In China endet das Prinzip. Süddeutsche Zeitung, München, 5.10.2004, S.15.
- 5 Qin Hui spielt damit auf die mittlerweile zunehmend dokumentierten Umweltschäden durch die forcierte Industrialisierung Chinas an. Viele Unternehmen zahlen lieber Strafen, als sich an die verschärften Vorschriften zu halten. So schätzt die Weltbank, dass alljährlich 400'000 ChinesInnen an Umweltschäden sterben. Lebensmittelvergiftungen und schwere Erkrankungen durch die Verunreinigung der Flüsse und den zunehmenden sauren Regen sind endemisch. „Über 400 von 670 mittleren und großen Städten haben zu wenig Wasser. Mehr als die Hälfte der 1.3 Milliarden Menschen müssen ohne sauberes Trinkwasser auskommen.“ (Hoher Preis für Chinas enormes Wachstum, Neue Zürcher Zeitung, 1.10.2004, S.47).
- 6 Robert Nozick (1938-2002), amerikanischer Philosoph, der mit seinem Buch „Anarchy, State and Utopia“ von 1974 eine libertäre Gegenposition zu John Rawls sozialdemokratischer Gerechtigkeitstheorie bezog. Von den Neoliberalen als Kronzeuge für einen Abbau des Staates zitiert, betonte Nozick dagegen immer auch die radikal libertäre Seite seiner Philosophie. In seinen späteren Werken beschäftigte er sich mit weitreichenden Themen, von der Moral über die Evolutionsbiologie bis zur Entscheidungstheorie.